

1. AHV und BPVG-Minimum

Experimente bei der AHV und risikoreich niedrige Beitragssätze bei der Pensionskasse darf sich der Staat nicht leisten. Die Politik muss heute für ein würdiges Alter Weichen stellen.

Bei der AHV geht es um das Bekenntnis zum Sozialstaat

Text Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li



Die AHV ist das älteste und grösste Sozialwerk Liechtensteins. Und der Landtag steht vor einem richtungweisenden Entscheid. Ist der Staat (respektive die Politik) bereit, seine soziale Aufgabe weiterhin zu erfüllen oder zieht er sich aus der AHV zurück? Die Freie Liste bekennt sich klar dazu, dass die Versorgung unserer Seniorinnen und Senioren auch eine Aufgabe des Staates ist. Die Freie Liste ist nicht bereit, der von der Regierung verlangten drastischen Kürzung des Staatsbeitrags von 60 Mio. Franken im Jahr 2014 auf 20 Mio. Franken im Jahr 2018 zuzustimmen. Zu spüren bekäme den krassen Schnitt von 40 Mio. Franken die Bevölkerung und die Wirtschaft. Die Renten würden somit sicher irgendwann gekürzt. Aber auch die ArbeitnehmerInnen müssten dann stärker mit Direktabgaben einspringen, um die AHV langfristig zu sichern.

Bisher hat der Liechtensteiner Staat pro Einwohner ca. 1400 Franken jährlich an die AHV gezahlt. Neu wären es ab dem Jahr 2018 nur noch 500 Franken pro Kopf. Unser Staat steht damit um einiges «asozialer» da als die Nachbarstaaten.

In der Schweiz zahlt die öffentliche Hand pro Kopf ca. 1300 Franken jährlich an die AHV und es wird dank der Mehrwertsteuererhebung sogar noch mehr. In Deutschland liegt der Staatsbeitrag pro Kopf und Jahr bei 1000 Franken. Eine Reduktion des Beitrags auf 500 Franken pro Kopf wäre also ein risikoreiches Experiment der Politik. Wie die Stellschrauben gedreht werden und wo bei der AHV allenfalls etwas gespart werden kann, muss dennoch diskutiert werden. Die ExpertInnen der Studie Zukunftsradar 2015, die vom Liechtenstein Institut durchgeführt wurde, sehen dies auch mehrheitlich als dringend an: «Bezüglich der liechtensteinischen Altersvorsorge müsse im Land unbedingt eine Diskussion stattfinden, da diese langfristig nicht finanzierbar sei (...) das Problem der Sicherung der Sozialwerke wird mehrheitlich als dringend bezeichnet. Einzelne Interviewpartner finden jedoch, dass Liechtenstein in diesem Bereich insbesondere im internationalen Vergleich gut aufgestellt sei.» (S. 18)

Einige Befragte sehen das System aber gar als «luxuriös» an. Die Freie Liste ist offen für Vorschläge. Sie hat beispielsweise in die Diskussion eingebracht, dass die 13. Rente, das sogenannte Weihnachtsgeld, nicht mehr mit der Giesskanne, sondern nur noch an diejenigen verteilt wird, die kein grösseres Vermögen haben. Wichtig ist es uns, RentnerInnen in die AHV-Diskussion einzubeziehen.

Es gibt aber noch mehr Herausforderungen. Die Pensionskasse reicht nicht für alle PensionistInnen zur Existenzsicherung aus. Die Regierung hat deshalb eine Vorlage zur Revision der betrieblichen Personalvorsorge ausgearbeitet. Sie korrigiert darin die schlimmsten Verfehlungen des Gesetzes, geht aber nicht weit genug und knickt vor der Wirtschaft ein: Diese macht Druck, damit der Beitragssatz von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen niedrig bleibt. Er soll in Zukunft nur 8 Prozent betragen. Das ist ein ausgesprochen tiefer Beitrag, der dazu führen wird, dass viele der zukünftigen PensionistInnen wie heute schon kein Auskommen mit ihrer Pension haben. Einspringen müssen dann der Staat und die Gemeinden mit Ergänzungsleistungen. Im vergangenen Jahr mussten PensionistInnen mit fast 10 Mio.

Franken unterstützt werden, weil das Altersguthaben nicht ausreichte.

Das ist eine klassische Subvention des Staates und der Gemeinden an ArbeitgeberInnen. Dabei ist die wiederholte Klage, dass Liechtensteiner ArbeitgeberInnen hohe Lohnnebenkosten tragen und der Wirtschaftsstandort somit nicht konkurrenzfähig ist, haltlos. Wir wollen PensionistInnen nicht zu Empfängern von wirtschaftlicher Hilfe machen: Jede und jeder soll mit ausreichenden Pensionsleistungen und der AHV ein würdiges Leben führen können. ■